

Bilanz zum 31. Dezember 2021

(Angaben in €)

AKTIVA			PASSIVA		
	31.12.2021	31.12.2020		31.12.2021	31.12.2020
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			Gezeichnetes Kapital	51.129,19	51.129,19
1. Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Software	423.427,56	401.940,89		51.129,19	51.129,19
2. Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	48.319,10	1.168,75	B. Sonderposten		
	471.746,66	403.109,64	I. Sonderposten für Zuschüsse Anlagevermögen	68.702.516,20	68.102.285,09
II. Sachanlagen			II. Sonderposten für Zuschüsse Umlaufvermögen	5.051.469,96	5.306.700,07
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	31.308.042,82	24.453.128,96		73.753.986,16	73.408.985,16
2. Technische Anlagen und Maschinen	28.190.514,22	18.017.294,36	C. Rückstellungen		
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.555.902,04	5.255.937,97	Sonstige Rückstellungen	2.249.544.728,79	2.278.267.476,09
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.151.310,46	19.972.814,16	Abzüglich Freistellungsanspruch gegen Gesellschafter (Bundesrepublik Deutschland)	2.241.628.341,67	2.271.412.005,87
	68.205.769,54	67.699.175,45		7.916.387,12	6.855.470,22
III. Finanzanlagen			D. Verbindlichkeiten		
Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000,00	0,00	1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	38.416,00	44.016,00
	25.000,00	0,00	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.284.858,67	4.092.017,03
	68.702.516,20	68.102.285,09	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen	25.000,00	0,00
B. Umlaufvermögen			4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	47.262,25	145.161,79
I. Vorräte			5. Sonstige Verbindlichkeiten	905.680,45	916.449,85
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.784.156,63	5.074.170,47	- davon aus Steuern: € 587.991,77 (Vj. € 623.655,74)		
	4.784.156,63	5.074.170,47	- davon im Rahmen sozialer Sicherheit: € 46.003,41 (Vj. € 41.652,79)		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				5.301.217,37	5.197.644,67
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	281.817,40	136.432,05	E. Rechnungsabgrenzungsposten	805,47	501,88
2. Forderungen gegen Gesellschafter	7.239.472,50	7.056.663,47			
3. Sonstige Vermögensgegenstände	5.516.465,99	4.365.404,48			
	13.037.755,89	11.558.500,00			
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	231.783,26	546.245,96			
	18.053.695,78	17.178.916,43			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	267.313,33	232.529,60			
	87.023.525,31	85.513.731,12		87.023.525,31	85.513.731,12

**Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr
 vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2021**

(Angaben in €)

	2021	2020
1. Zuwendungen		
a) Institutionelle Förderung des Gesellschafters	125.219.369,87	124.542.356,51
b) Institutionelle Förderung der sächsischen Wismut-Altstandorte durch den Gesellschafter	6.312.771,21	7.256.051,18
c) Projektförderung der sächsischen Wismut-Altstandorte durch den Freistaat Sachsen	6.312.771,22	7.256.051,18
d) Umsetzungskonzept Wismut-Erbe	200.000,00	0,00
	138.044.912,30	139.054.458,87
2. Erlöse und andere Erträge		
a) Sonstige Umsatzerlöse	2.215.226,23	2.834.806,13
b) Andere aktivierte Eigenleistungen	303.531,51	276.858,04
c) Sonstige betriebliche Erträge	981.759,35	2.856.885,72
	3.500.517,09	5.968.549,89
3. Abzüglich Veränderungen der Sonderposten für		
a) Zuschüsse zum Anlagevermögen	10.494.401,69	16.192.369,77
b) Zuschüsse zum Umlaufvermögen (Vorräte und Rechnungsabgrenzungsposten)	-255.230,11	-3.201.672,49
	10.239.171,58	12.990.697,28
4. Bestandsveränderung Finanzierungsanspruch	-218.937,82	-1.226.175,99
5. Abzüglich Rückführungsverpflichtung gegenüber Bundeshaushalt	36.748,92	0,00
6. Für die Aufwandsdeckung zur Verfügung stehende Zuschusserträge, Erlöse und andere Erträge	131.488.446,71	133.258.487,47
7. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	18.707.798,52	17.882.945,41
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	25.986.317,23	27.211.900,97
	44.694.115,75	45.094.846,38
8. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	48.292.769,05	51.378.450,30
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	12.082.757,65	11.788.780,36
c) Berufsgenossenschaft	15.607.902,00	15.348.473,66
	75.983.428,70	78.515.704,32
9. Abschreibungen auf das Anlagevermögen		
a) Abschreibungen auf das Anlagevermögen	9.876.065,44	9.551.818,49
b) Abzüglich Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen	9.876.065,44	9.551.818,49
	0,00	0,00
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	10.656.572,20	9.492.067,45
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19.290,11	217.705.694,08
- davon aus Ab- und Aufzinsungen: € 19.290,11 (Vj. € 217.705.694,08)		
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	94.983.081,24	302.668.139,20
- davon aus Ab- und Aufzinsungen: € 94.983.081,24 (Vj. € 302.668.139,20)		
13. Ergebnis nach Steuern	-94.809.461,07	-84.806.575,80
14. Sonstige Steuern	136.012,17	155.528,48
15. Aufwand aus der Zuführung der Rückstellung für Bergbau-Altlasten		
a) Aufwand aus der Zuführung der Rückstellung für Bergbau-Altlasten	453.483,51	1.030.403.855,12
b) Auflösung aus der Neubewertung der Rückstellung für Bergbau-Altlasten	0,00	-951.879.074,21
c) abzüglich der erhöhten Inanspruchnahme des Freistellungsanspruches an den Gesellschafter	95.398.956,75	163.486.885,19
16. Jahresüberschuss	0,00	0,00

Anhang 2021

Angaben zum Unternehmen

Wismut GmbH

Sitz: Chemnitz

Geschäftsanschrift: Jagdschänkenstraße 29, 09117 Chemnitz

Registergericht: Amtsgericht Chemnitz

Handelsregisternummer: HRB 3912

1. Allgemeine Angaben

Die Wismut GmbH, Chemnitz (kurz Wismut) ist eine große Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 Abs. 3 HGB. Alleinige Gesellschafterin ist die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Die Wismut GmbH ist für die Sanierung der Hinterlassenschaften des ehemaligen Uranerzbergbaus in Sachsen und Thüringen verantwortlich. Die Sanierungsverpflichtungen ergeben sich aus dem Wismut-Gesetz vom 12.12.1991.

Die Gesellschafterin hat mit Datum vom 30.12.2010 zu Gunsten der Wismut GmbH eine Freistellungserklärung abgegeben. Danach wird Wismut für die Dauer der institutionellen Förderung von sämtlichen Belastungen finanzieller Art freigestellt, welche aus einer geordneten Stilllegung und Rekultivierung der Betriebsflächen und Anlagen unter Umwelt-, Strahlenschutz- und Bergsicherungsaspekten resultiert. Die Freistellungserklärung gilt unverändert und verlängert sich automatisch um jeweils ein Jahr, sofern die institutionelle Förderung fortgesetzt wird.

Dementsprechend erhält Wismut nicht rückzahlbare Zuwendungen als Fehlbedarfsfinanzierung. Diese Zuwendungen werden auf der Grundlage des jährlich von der Gesellschaft aufzustellenden und vom Aufsichtsrat zu billigenden sowie vom Zuwendungsgeber zu genehmigenden Wirtschaftsplanes als institutionelle Förderung aus dem Bundeshaushalt gewährt.

Auf Grundlage des Verwaltungsabkommens vom 05.09.2003 und der Ergänzenden Verwaltungsabkommen vom 24.04.2013 sowie 05.07.2019 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Freistaat Sachsen sowie der Projektträgervereinbarung vom 05.09.2003 bzw. dem 1. Nachtrag vom 24.04.2013 und dem 2. Nachtrag vom 05.07.2019 zwischen dem Freistaat Sachsen und Wismut erhält die Gesellschaft als Projektträger Zuschüsse für die Sanierung von sächsischen Wismut-Altstandorten, welche im Wesentlichen bis zum 31.12.1962 stillgelegt worden sind und damit nicht in die Sanierungsverpflichtung der Wismut GmbH fallen. Die Finanzierung erfolgt in Form der Komplementärfinanzierung in je gleicher Höhe vom Bund als institutionelle Förderung und aus dem Landeshaushalt des Freistaat Sachsen in Form einer Projektförderung. Im Zeitraum von 2013 bis 2022 steht ein Finanzrahmen von 138 Mio. € bereit, welcher um weitere 229 Mio. € bis 2035 erweitert wurde.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Allgemeines

Dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 liegen die Vorschriften des Handelsgesetzbuches über die Rechnungslegung von Kapitalgesellschaften, des GmbHG und des Gesellschaftsvertrages zugrunde.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung (Gesamtkostenverfahren) sind unter Berücksichtigung der Besonderheit der Wismut GmbH als Zuwendungsempfängerin gegliedert. Einzelne Posten der Bilanz und insbesondere der Gewinn- und Verlustrechnung wurden hinsichtlich ihrer Gliederung und Bezeichnung geändert bzw. eine weitere Untergliederung der Posten vorgenommen, um die Klarheit und Übersichtlichkeit des Jahresabschlusses zu gewährleisten (§ 265 Abs. 5 und 6 HGB).

Die Aufstellung des Jahresabschlusses erfolgte unter der Going-Concern-Prämisse. Derzeit liegt kein endgültiger Zuwendungsbescheid für nicht rückzahlbare Zuwendungen durch die Gesellschafterin, vertreten durch das BMWK (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz), vor. Bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses lag ein vorläufiger Zuwendungsbescheid vom 16. Dezember 2021 sowie ein Änderungsbescheid vom 11. März 2022 über insge-

samt 71,6 Mio. € nicht rückzahlbare Zuwendungen (institutionelle Förderung aus dem Bundeshaushalt) vor. Wir gehen vor dem Hintergrund der Historie der Gesellschaftsgründung und der daraus resultierenden saldierten Darstellung der berg- und umweltrechtlichen Verpflichtungen unter Absetzung der Freistellungserklärung des Bundes davon aus, dass die Gesellschafterin ihre Verpflichtungen aus der Gesellschafterstellung in Verbindung mit den Verpflichtungen aus umweltrechtlichen Belangen vollumfänglich nachkommen und die Gesellschaft analog den Vorjahren entsprechend dem Wirtschaftsplan auch für 2022 voll ausfinanzieren wird.

Die Forderungen gegen Gesellschafter und die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter werden gemäß § 42 Abs. 3 GmbHG als separate Positionen unter den Forderungen und Sonstigen Vermögengegenständen bzw. Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die Rückzahlungsverpflichtung für Guthaben aus der Beitragsabrechnung zur gesetzlichen Unfallversicherung an den Gesellschafter wird in der Gewinn- und Verlustrechnung in einer separaten Position dargestellt.

Die Aufwendungen aus den Zuführungen zur Rückstellung „Altersteilzeit“, welche die Aufstockungsbeträge mit Abfindungscharakter betreffen, werden insbesondere aus haushaltstechnischen Gründen nicht im sonstigen betrieblichen Aufwand abgebildet, sondern unter den Personalaufwendungen „Löhne und Gehälter“ dargestellt.

Die Veränderung des stichtagsbedingten Finanzierungsanspruches an den Gesellschafter, welcher sich aus dem Saldo des Umlaufvermögens (ohne Vorräte) abzüglich der Sonstigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten ergibt, wird in der Gewinn- und Verlustrechnung unter einem separaten Posten „Bestandsveränderung Finanzierungsanspruch“ abgebildet.

Erläuterungen zu den Posten der Bilanz

Aktiva

A. Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagespiegel dargestellt (Anlage zum Anhang).

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Bei voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen (2021: 0 T€; Vorjahr 0 T€).

Die zu aktivierenden Eigenleistungen werden mit Fertigungseinzelkosten sowie angemessenen Teilen der Gemeinkosten angesetzt.

Die Abschreibungen erfolgen nach der linearen Methode in Anlehnung an die Abschreibungstabellen des Bundesministeriums der Finanzen in der jeweils aktuellen Fassung. Wirtschaftsgüter mit Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bis 0,8 T€ werden sofort abgeschrieben.

Grundstücke und grundstücksähnlichen Rechte, die nach dem 1. Januar 1992 erworben wurden, sind mit den Anschaffungskosten bzw. bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Alle übrigen Grundstücke sind mit einem Erinnerungswert von 0,00 € angesetzt. Es handelt sich hierbei um die Wertansätze aus der DM-Eröffnungsbilanz.

Die Wismut besaß ein abgetretenes Sandgewinnungsrecht, welches mit 0,00 € bewertet und in 2021 unentgeltlich übertragen wurde.

Für das Anlagevermögen besteht in gleicher Höhe ein Sonderposten „Zuschüsse Anlagevermögen“. Die Erträge aus der Auflösung dieses Sonderpostens werden in der Gewinn- und Verlustrechnung offen von den Abschreibungen abgesetzt.

Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens werden vor dem Hintergrund des Sonderpostens nicht ausgewiesen bzw. es erfolgt eine Saldierung der Aufwendung aus dem Restbuchwertabgang mit den Erträgen aus der Auflösung des Sonderpostens. Die Erlöse aus Anlageverkäufen betragen im Geschäftsjahr 533 T€ und werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter der Position 2 c) ausgewiesen.

Mit Urkunde Nr. 1765/2021 vom 29. November 2021 des Notars Mathias Löhnert, Chemnitz, erfolgte die Gründung der „Wismut Stiftung gGmbH“, Chemnitz, mit einem Stammkapital in Höhe von 25 T€, welches sofort in bar in voller Höhe zu erbringen war. Die Anteile (ein Geschäftsanteil) werden zu 100 % von der Wismut GmbH gehalten. Die Wismut Stiftung gGmbH hat in 2021 noch keine wesentlichen wirtschaftlichen Aktivitäten entfaltet. Die Einzahlung des Stammkapitals erfolgte am 27. Januar 2022 (Verbindlichkeit gegenüber verbundenen Unternehmen zum 31. Dezember 2021). Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 16. März 2022.

B. Umlaufvermögen

Vorräte

Die Vorräte betreffen ausschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und sind unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips zu durchschnittlichen Anschaffungspreisen bewertet.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe beinhalten im Wesentlichen in Höhe von 2.229 T€ Abdeckmaterial und in Höhe von 1.794 T€ Drainagematerial.

Die Bewertung von Abdeckmaterial (Dichtschichtmaterial und Speicherschichtmaterial) erfolgte zum 31. Dezember 2021 in Höhe der durchschnittlichen Anschaffungskosten einschließlich Anschaffungsnebenkosten abzüglich Anschaffungskostenminderung unter Berücksichtigung des niedrigeren beizulegenden Wertes und der ab 2021 gültigen neu abgeschlossenen Liefer- und Transportverträge.

Für Altbestände (Drainagematerial 3.534 T€ und Speichermaterial 448 T€), mit letzten Zugängen 2015 und 2013, wurden Abwertungen in Höhe von insgesamt 1.885 T€ (Vorjahr: 2.525 T€) vorgenommen. Diese resultieren im Wesentlichen daraus, die Anschaffungsnebenkosten aus Transportkosten, welche zum Teil über den Materialkosten lagen, nicht in die Bewertung einbezogen werden, da die Höhe diese Transportkosten am Markt nicht mehr realisiert werden können.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind zum Nennwert bewertet. Erkennbare Ausfallrisiken werden durch entsprechende Einzelwertberichtigungen berücksichtigt. Auf den nicht einzelwertberichtigten Nettoforderungsbestand sind Pauschalwertberichtigungen (1 % analog dem Vorjahr) berücksichtigt. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben eine Restlaufzeit unter einem Jahr.

Die Forderungen gegen Gesellschafter beinhalten die zum Bilanzstichtag noch nicht abgerufenen Zuwendungen für die anteilige Finanzierung von Aufwendungen von Projekten im „Ergänzenden Verwaltungsabkommen zur Sanierung der sächsischen Wismut-Altstandorte“ in Höhe von 17 T€ (Vorjahr 204 T€) sowie für die Finanzierung des Umsetzungskonzeptes Wismut – Erbe in Höhe von 151 T€ (Vorjahr: 0 T€). Die Forderungen gegen Gesellschafter haben eine Restlaufzeit unter einem Jahr.

Weiterhin beinhalten diese die stichtagsbedingten antizipativen Finanzierungsansprüche in Höhe von 7.072 T€ (Vorjahr 6.852 T€) für in den Folgejahren abzurufende Mittel. Zum Bilanzstichtag setzten sich diese im Wesentlichen aus sonstigen Rückstellungen in Höhe von 7.916 T€ (Vorjahr 6.855 T€) und dem Saldo aus übrigen Umlaufvermögen (ohne Vorräte und Bankguthaben in Höhe des gezeichneten Kapitals) und Verbindlichkeiten in Höhe von 844 T€ (Vorjahr 3 T€) zusammen. Die antizipativen Finanzierungsansprüche haben hinsichtlich der darin enthalten mittel- / langfristigen Rückstellungen in Höhe von 6.479 T€ (Vorjahr 5.676 T€) – davon für Altersteilzeit (5.781 T€; Vorjahr 4.929 T€) – Restlaufzeiten von mehr als einem Jahr.

Die sonstigen Vermögensgegenstände werden grundsätzlich zum Nennwert bewertet. Unverzinsliche sonstige Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden zum Barwert (Zinssatz: Deutsche Bundesbank, 7-Jahresdurchschnitt) bewertet. Zum Bilanzstichtag haben sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 594 T€ (Vorjahr 618 T€) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten weiterhin noch nicht abgerufene Zuwendungen für die anteilige Finanzierung von Aufwendungen von Projekten im „Ergänzendem Verwaltungsabkommen zur Sanierung der sächsischen Wismut-Altstandorte“ in Höhe von 17 T€ (Vorjahr 204 T€) beim Sächsischen Oberbergamt als haushaltsbewirtschaftende Stelle des Freistaates Sachsen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten erst im Folgejahr abzugsfähige Vorsteuererstattungsansprüche in Höhe von 455 T€ (Vorjahr 398 T€).

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten weiterhin Forderungen aus der Steuerentlastung für Unternehmen nach § 54 EnergieStG in Höhe von 22 T€ und nach § 9b StromStG in Höhe von 129 T€ für den Veranlagungszeitraum 2020.

Weiterhin sind in den sonstigen Vermögensgegenständen Forderungen aus Erstattungen gemäß § 56 des Infektionsschutzgesetzes in Höhe von 67 T€ enthalten, welche bis zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung entsprechend beantragt worden sind.

Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

Die liquiden Mittel sind zum Nennwert bewertet.

C. Rechnungsabgrenzungsposten

Unter dem Posten werden vorausbezahlte Entgelte für Aufwendungen des folgenden Geschäftsjahres in Höhe von 267 T€ ausgewiesen (Vorjahr 233 T€). Die Bewertung erfolgt zum Nennwert.

Aktive latente Steuern

Zum Bilanzstichtag bestehen körperschaft- und gewerbesteuerliche Verlustvorträge von jeweils rd. 6,2 Mrd. €, welche im Wesentlichen aus der institutionellen Förderung der Gesellschaft resultieren. Die Zuwendungen des Gesellschafters werden steuerlich als Einlagen behandelt. Ein Ansatz von aktiven latenten Steuern scheidet vor dem Hintergrund des Gesellschaftszwecks sowie der weiterhin geplanten institutionellen Förderung aus.

Passiva

A. Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital entspricht dem im Gesellschaftsvertrag festgesetzten Stammkapital und ist zum Nennbetrag ausgewiesen.

B. Sonderposten

Im Sonderposten sind erhaltene Zuschüsse bzw. Zuwendungen zur Finanzierung erfasst und umfassen im Einzelnen:

	31.12.2021	31.12.2020
Zuschüsse zum Anlagevermögen	68.703	68.102
Zuschüsse zum Umlaufvermögen	5.051	5.307
Summe	73.754	73.409

T€

Der Anteil des Sonderpostens, welcher sich auf die Zuschüsse zum Anlagevermögen bezieht, entspricht dem Buchwert des zuschussfinanzierten Anlagevermögens. Die Auflösung erfolgt analog der Nutzungsdauer der Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und beträgt in 2021 9.876 T€ (Vorjahr 9.552 T€).

Der Sonderposten für Zuschüsse zum Umlaufvermögen entspricht dem Buchwert des zuschussfinanzierten Vorratsvermögens zuzüglich dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten. Die Veränderung dieses Postens gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 256 T€ (Vorjahr 3.201 T€) wird in der Gewinn- und Verlustrechnung unter der separaten Position „Abzüglich Veränderungen der Sonderposten“ ausgewiesen.

C. Rückstellungen

Rückstellungen werden für ungewisse Verbindlichkeiten in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages gebildet. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden unter Beachtung des § 253 Abs. 2 HGB abgezinst.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten:

	31.12.2021	31.12.2020
Rückstellung für Bergbau-Altlasten	2.241.628	2.271.412
Rückstellung für Altersteilzeit	5.781	4.929
Rückstellung für Jubiläen	638	687
Rückstellung für Unfallversicherung BG RCI	0	0
Rückstellung für sonstige Personalaufwendungen	19	0
Rückstellung für Wassernutzungsentgelte	212	203
Rückstellungen für Resturlaub und ähnliche Ansprüche	634	585
Übrige Rückstellungen	633	451
Summe	2.249.545	2.278.267

Die Ermittlung der Rückstellung für Bergbau-Altlasten laut Gesellschaftszweck erfolgt auf der Grundlage des Sanierungsprogrammes 2020 (Betrachtungszeitraum 2020 bis 2050), welches auf Veranlassung des BMWK durch die BGR Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Hannover, in Form eines Sonderberichtes am 30.10.2020 beurteilt und durch den Gesellschafter am 22.01.2021 bestätigt wurde. Danach ist von einem nominalen Mittelbedarf in Höhe von 2.262 Mio. € für den Betrachtungszeitraum ab 2020 bis 2050 auszugehen. Dieser wurde auf der Grundlage einer sachgerechten Schätzung hinsichtlich der voraussichtlichen Inanspruchnahme auf Jahresscheiben aufgeteilt. Unter Berücksichtigung einer jährlichen Kosten- und Preissteigerungsrate von 2,0 % ergab sich zum 1. Januar 2020 insgesamt ein Erfüllungsbetrag von 2.861 Mio. €.

Gemäß § 253 Abs. 2 HGB erfolgt zu den einzelnen Stichtagen die Auf- bzw. Abzinsung der einzelnen Jahresscheiben unter Verwendung der durch die Deutsche Bundesbank herausgegebenen Zinssätze (7-Jahresdurchschnitt; Dezember). Die jährliche Verminderung infolge des Sanierungsfortschrittes (Inanspruchnahme) entspricht dem Betrag der Inanspruchnahme und korrespondiert mit den Zuwendungen der institutionellen Förderung des Gesellschafters.

Rückstellungsbeträge der einzelnen Jahresscheiben, die nicht voll in Anspruch genommen worden sind, werden zunächst dem Folgejahr zugerechnet (Risiko-Reserve). Zum Zeitpunkt einer erneuten Überprüfung / Bewertung der Gesamtrückstellung oder bei Überschreitung dieser Risiko-Reserve in Höhe von 50 Mio. € wird über einen dann eventuell noch nicht verbrauchten Betrag bezüglich einer Auflösung entschieden. Hinsichtlich der Bestimmung eines neuen regelmäßigen Überprüfungsturnus der berg- und umweltrechtlichen Verpflichtung erfolgen aktuell Abstimmungen, ob ein fünfjähriger Neubeurteilungszeitraum vor dem Hintergrund des geplanten Abschlusses der Kernsanierung Ende 2028 noch sachgerecht ist.

Die Rückstellung hat sich wie folgt entwickelt:

	€
Stand zum 01.01.2021	2.271.412.005,87
Zinsaufwand aus Aufzinsung	94.945.473,24
Zuführung 31.12.2021	453.483,51
Verminderung infolge des Sanierungsfortschrittes 2021	-125.182.620,95
Stand zum 31.12.2021	2.241.628.341,67

Die Bewertung der Rückstellung zum 31.12.2021 unterstellt weiterhin eine jährliche Kosten- und Preissteigerungsrate von 2,0 % p. a. (entsprechend Verbraucherpreis- bzw. Arbeitskostenindex).

Der Zinsaufwand resultiert aus der grundsätzlichen Aufzinsung der Rückstellung und den gegenüber dem Vorjahr gesunkenen Abzinsungssätzen.

Aus den für die Jahre 2020 und 2021 ursprünglich vorgesehenen Rückstellungen wurden insgesamt 22,7 Mio. € (Erfüllungsbeträge) nicht verbraucht und unter Berücksichtigung der o. g. Kosten- und Preissteigerungsrate auf 2022 vorgetragen. Die daraus resultierende Zuführung beträgt 0,5 Mio. €.

Von dieser Rückstellung für Bergbau-Altlasten wird offen in einer gesonderten Position ein Freistellungsanspruch gegen die Bundesrepublik Deutschland als Gesellschafter in gleichlautender Höhe in Abzug gebracht. Die Höhe der Veränderung dieses Freistellungsanspruchs entwickelt sich analog der Rückstellung.

Die Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen (Blockmodell) in Höhe von 5.781 T€ (Vorjahr 4.929 T€) wurde zum 31. Dezember 2021 durch ein versicherungsmathematisches Gutachten ermittelt. Den versicherungsmathematischen Berechnungen liegen die Heubeck-Richttafeln 2018 G zugrunde. Es wurde ein Zinssatz (7-Jahresdurchschnitt) von 0,40 % (Vorjahr 0,54 %) entsprechend der durchschnittlichen Restlaufzeit sowie ein Einkommenstrend von 2,0 % p. a. berücksichtigt. Die Rückstellung beinhaltet zum 31. Dezember 2021 Erfüllungsrückstände in Höhe von 2.761 T€ und die Aufstockungsbeträge mit Abfindungscharakter in Höhe von 3.020 T€.

Die Verpflichtungen zum 31. Dezember 2021 ergeben sich aus dem Tarifvertrag zur Durchführung von Altersteilzeit im Tarifbereich Erzbergbau vom 23. April 2019 in seiner jeweils geltenden Fassung zwischen dem Verband Bergbau, Geologie und Umwelt e.V. – Tarifbereich Erzbergbau und der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie. Danach kann der Arbeitgeber maximal 200 Arbeitnehmern unter bestimmten Voraussetzungen einen Altersteilzeitvertrag gewähren. Die zum 31. Dezember 2021 bilanzierten Rückstellungen berücksichtigen daher nur alle bis zum 31. Dezember 2021 vereinbarten Altersteilzeitverträge.

Die Rückstellung für Jubiläumsverpflichtungen wurde zum 31. Dezember 2021 durch ein versicherungsmathematisches Gutachten ermittelt. Den versicherungsmathematischen Berechnungen liegen die Heubeck-Richttafeln 2018 G zugrunde. Es wurde ein Zinssatz (7-Jahresdurchschnitt) von 1,35 % (Vorjahr 1,60 %) entsprechend einer pauschalen Restlaufzeit von 15 Jahren berücksichtigt.

D. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind zu ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

	gesamt	bis zu einem Jahr	zwischen einem und fünf Jah- ren	mehr als fünf Jahre
	T€	T€	T€	T€
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	38	38	0	0
(Vorjahr)	(44)	(44)	(0)	(0)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.285	4.285	0	0
(Vorjahr)	(4.092)	(4.092)	(0)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen	25	25	0	0
(Vorjahr)	(0)	(0)	(0)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	47	47	0	0
(Vorjahr)	(145)	(145)	(0)	(0)
Sonstige Verbindlichkeiten	906	906	0	0
(Vorjahr)	(916)	(916)	(0)	(0)
Gesamt	5.301	5.301	0	0
(Vorjahr)	(5.197)	(5.197)	(0)	(0)

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter entsprechen den Bankguthaben zum Bilanzstichtag abzüglich des gezeichneten Kapitals und der Bankguthaben im Rahmen der Sanierung der sächsischen Wismut-Altstandorte.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

Unter dem Posten werden anteilig erhaltene Pachtzahlungen (<1 T€) ausgewiesen, soweit sie ertragswirksam das folgende Geschäftsjahr betreffen.

Erläuterungen zu den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Zuwendungen

Die ausgewiesenen Zuwendungen in Höhe von 125.219 T€ im Rahmen der institutionellen Förderung resultieren aus zur Verfügung gestellten Finanzmitteln des Gesellschafters zur Deckung der Aufwendungen für die Sanierungstätigkeit.

Weitere Zuwendungen in gleicher Höhe von je 6.313 T€ (davon in 2021 abgerufen: je 6.500 T€) als institutionelle Förderung des Gesellschafters sowie als Projektförderung vom Freistaat Sachsen stehen im Zusammenhang zur Deckung der Aufwendungen aus der Sanierung von sächsischen Wismut-Altstandorten.

Darüber hinaus werden notwendige Zuwendungen in Höhe von 200 T€ (davon in 2021 abgerufen 49 T€) aus der institutionellen Förderung des Umsetzungskonzepts zum Wismut-Erbe durch den Bund abgebildet.

Erlöse und andere Erträge

Sonstige Umsatzerlöse

Die sonstigen Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen aus der Erbringung von Ingenieurleistungen an Dritte, erhaltenen Zuschüssen von Dritten, aus der Verwertung von Reststoffen, dem Verkauf von Schrott, der Lieferung von Energie bzw. Wasser sowie Einnahmen aus der Belegschaftsversorgung und aus der Vermietung und Verpachtung. Weiterhin sind periodenfremde Erträge in Höhe von 2 T€ enthalten.

Andere aktivierte Eigenleistungen

Die anderen aktivierten Eigenleistungen wurden nach der Netto-Methode erfasst. Materialaufwendungen wurden direkt aktiviert. Die Erträge beziehen sich auf Fertigungseinzelkosten mit angemessenen Teilen von Gemeinkosten für selbst erstellte Sachanlagen.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren hauptsächlich aus Erlösen aus der Veräußerung von Anlagevermögen (533 T€), Erträgen aus der Auflösung von sonstigen Rückstellungen (39 T€), periodenfremden Erträgen aus der Beitragsabrechnung der gesetzlichen Unfallversicherung für den Veranlagungszeitraum 2020 (37 T€), periodenfremden Erträgen aus Stromsteuererstattungen für das Jahr 2020 (151 T€) sowie Erträgen aus Schadensersatzleistungen (20 T€). Weiterhin sind Erträge aus Erstattungen entsprechend § 56 des Infektionsschutzgesetzes in Höhe von 186 T€ enthalten. Diese beinhalten für das Jahr 2020 87 T€, für das laufende Jahr 99 T€.

Zuweisungen zu den Sonderposten

Es wird auf die Erläuterungen zur Bilanz, Punkt B verwiesen.

Rückführungsverpflichtung gegenüber Bundeshaushalt

Aus der Abrechnung zur gesetzlichen Unfallversicherung BG RCI für den Veranlagungszeitraum 2020 vom 06. Juni 2021 ergab sich ein Guthaben in Höhe von 37 T€.

Die Rückzahlungsverpflichtung gegenüber Bundeshaushalt im Jahr 2021 in Höhe von 37 T€ wird in der Gewinn- und Verlustrechnung in einer separaten Position dargestellt.

Materialaufwand

Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren

Diese Position beinhaltet Aufwendungen für Baustoffe, Chemikalien, technisches Hilfsmaterial, Elektroenergie, Kraft- und Brennstoffe für die Sanierungstätigkeit.

Aufwendungen für bezogene Leistungen

Diese Position beinhaltet Aufwendungen für Ingenieur-, Reinigungs-, Transport- und Bauleistungen sowie Wassernutzungsentgelte sowie Gebühren für die Sanierungstätigkeit der Gesellschaft als auch für die Sanierung von sächsischen Wismut-Altstandorten.

Personalaufwand

Der Personalaufwand beinhaltet neben den Löhnen, Gehältern und Sozialabgaben auch die aufwandswirksame Zuführung zu den Rückstellungen für Dienstjubiläumsverpflichtungen und für die Zeitkonten und Urlaubsguthaben.

Weiterhin beinhaltet der Personalaufwand die Zuführung zu der Rückstellung für Altersteilzeit in Höhe von 2.323 T€ (Vorjahr 3.616 T€), welche aus Erfüllungsrückständen und Aufstockungsbeiträgen mit Abfindungscharakter resultieren.

In den Aufwendungen für soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung sind lohnsteuerfreie Corona-Prämien in Höhe von 582 T€ enthalten.

Der Aufwand für Beiträge zur Berufsgenossenschaft im Rahmen der gesetzlichen Unfallversicherung BG RCI in Höhe von 15.608 T€ (Vorjahr 15.348 T€) betrifft den Veranlagungszeitraum 2021.

Abschreibungen auf das Anlagevermögen

Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen in Höhe von 9.876 T€ wurden durch Erträge in gleicher Höhe aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen neutralisiert.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Diese Position beinhaltet Aufwendungen für Post- und Telefongebühren, Internetdienste, IT-Leistungen, Mieten für Baumaschinen, Bewachungs-, Wartungs- und Instandhaltungsleistungen, Prüfungs- und Beratungsleistungen, Dienstreisen, Tagungen und Repräsentationen für die Sanierungstätigkeit.

Es sind weiterhin periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 134 T€ enthalten, welche im Wesentlichen aus Wartungs- und Instandhaltungsleistungen sowie Leistungen für Wege- und Wasserbau resultieren.

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Im Rahmen der Bewertung eines sonstigen Vermögensgegenstandes mit einer Restlaufzeit von größer einem Jahr werden Zinserträge aus der Abzinsung in Höhe von 19 T€ ausgewiesen.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen beinhalten Zinsen aus der Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen für Bergbau-Altlasten in Höhe von 94.945 T€ und Jubiläumsverpflichtungen (11 T€) und Altersteilzeitverpflichtungen (27 T€).

Sonstige Steuern

Die sonstigen Steuern betreffen Grundsteuer (79 T€) und Kraftfahrzeugsteuer (57 T€).

Ergänzende Angaben**Beschäftigte**

Im Jahresdurchschnitt waren 869 Arbeitnehmer (ohne Geschäftsführer) beschäftigt.

	2021 Personen	2020 Personen
Arbeitnehmer mit Arbeitertätigkeiten	429	461
<i>davon in Altersteilzeit Freistellungsphase</i>	3	1
Arbeitnehmer mit Angestelltentätigkeiten	440	448
<i>davon in Altersteilzeit Freistellungsphase</i>	10	1
Summe	869	909

Zum 31. Dezember 2021 befanden sich 21 Arbeitnehmer in der Altersteilzeit-Freistellungsphase.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Das Bestellobligo aus begonnenen Investitionen beträgt zum Bilanzstichtag ca. 8 Mio. €.

Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers beträgt 50 T€ für die Jahresabschlussprüfung und 20 T€ für sonstige Bestätigungsleistungen.

Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Public Corporate Governance Kodex

Der Bericht zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes wird jährlich erstellt. Die Entsprechenserklärung wird jährlich von der Geschäftsführung und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates abgegeben. Eine Veröffentlichung des Berichts zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes erfolgt auf der Internetseite der Wismut GmbH und ist öffentlich zugänglich.

Erklärung von sonstigen Pflichtangaben

Die durch das Bilanzmodernisierungsgesetz (BilMoG) eingeführten Regelungen gemäß § 285 Nr. 21 HGB hinsichtlich der Angaben über Geschäfte der Gesellschaft mit nahestehenden Personen und Unternehmen wurden beachtet. Dabei kam es zur Feststellung, dass bis auf die Zuwendungen des Gesellschafters keine wesentlichen Geschäfte im oben genannten Sinne durch die Gesellschaft getätigt werden.

Organe der Gesellschaft**Geschäftsführung**

Dr. Michael Paul, Gera	Geschäftsführer Technisches Ressort
Rainer M. Türmer, Offenbach	Geschäftsführer Belegschafts-/Kaufmännisches Ressort

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung gemäß § 285 Nr. 9 a) HGB betragen im Geschäftsjahr 355 T€, davon:

Dr. Michael Paul	168 T€
Rainer M. Türmer	187 T€

Aufsichtsrat***Anteilseigner***

Dr. Wolfgang Meißner, Berlin	Unternehmensberater	Vorsitzender
Gerlind Heckmann, Berlin	Ministerialdirigentin im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz	
Corinna Westermann, Kleinmachnow	Ministerialdirektorin im Bundesministerium der Finanzen	
Prof. Dr.-Ing. Helmut Mischo, Oberschöna-Bräunsdorf	Professur an der Technischen Universität Bergakademie Freiberg	
Dipl.-Ing. Hans-Joachim Wunderlich, Plauen	Hauptgeschäftsführer IHK Chemnitz	

Arbeitnehmervertreter

Axel Franke, Hohenstein-Ernstthal	Mitglied des Betriebsrates der Wismut GmbH	stellvertretender Vorsitzender
Heike Groneberg, Gera	Vorsitzende des Betriebsrates der Wismut GmbH	
Marc Strobelt, Pirna	Mitglied des Betriebsrates Der Wismut GmbH	
Gerald Voigt, Chemnitz	Bezirksleiter der IG BCE Bezirk Dresden-Chemnitz	

Die in 2021 ausbezahlten Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates für das Jahr 2020 beliefen sich auf 43 T€ (netto), davon:

	T€
Dr. Wolfgang Meißner	8
Gerlind Heckmann	4
Corinna Westermann	4
Prof. Dr.-Ing. Helmut Mischo	4
Dipl.-Ing. Hans-Joachim Wunderlich	4
Heike Groneberg	4
Axel Franke	6
Marc Strobelt	4
Gerald Voigt	4

Hinsichtlich der Vergütungen an den Aufsichtsrat der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2021 wurde im Jahresabschluss eine Rückstellung in Höhe von 43 T€ gebildet.

3. Nachtragsbericht

Folgende, für die Wismut GmbH wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind, haben sich ergeben:

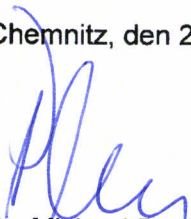
- die Gesellschafterin, vertreten durch das BMWK, hat bisher die für 2022 laut genehmigtem Wirtschaftsplan benötigten Mittel noch nicht durch einen endgültigen Zuwendungsbescheid ausfinanziert. Bisher sind mit letztem Zwischenbescheid Mittel in Höhe von 71,6 Mio. € bestätigt worden. Der aktuelle Mittelbedarf wird entsprechend dem gängigen Abrufprozedere im Rahmen der Haushaltsvoranmeldung abgerufen und durch den Zuwendungsgeber freigegeben.
- Seit Jahresbeginn verzeichnen wir ein erhöhtes Aufkommen an vorfristigen Kündigungen von Rahmenverträgen mit höheren Kostenanteilen für Energie und Treibstoffe. Darüber hinaus waren teilweise nicht unerhebliche Preissteigerungen auch bei Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie anderen Dienstleistungen zu verzeichnen. Dieser Prozess hat sich seit Beginn des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine am 24.02.2022 weiter verstärkt. Zu den Risiken wird im Lagebericht ausführlicher Stellung genommen. Gekoppelt mit Lieferengpässen, begrenzten Kapazitäten auf unserer Lieferantenseite und weiteren Einflussfaktoren ergeben sich potentielle Auswirkungen auf unsere Kostenplanungen aber auch auf die zeitliche Abwicklung der für 2022 ff. geplanten Sanierungsmaßnahmen. Aktuell lassen sich die Entwicklungen nur teilweise in unsere Planungen für die zweite Jahreshälfte 2022 sowie die Mittelfristplanung seriös einarbeiten. Die Entwicklungen werden auch unter dem Aspekt weiter verfolgt, um über eine Neubewertung der Rückstellung für Bergbau-Altlasten zum nächsten Bilanzstichtag zu entscheiden.

Die Corona-Pandemie hat auf Wismut nur begrenzte Auswirkungen. Diese betreffen vor allem die Ausfälle von erkrankten Mitarbeitern, Aufwendungen im Zusammenhang mit Corona-Schutzmaßnahmen sowie die Verzögerungen bei der Leistungserbringung durch Subunternehmer.

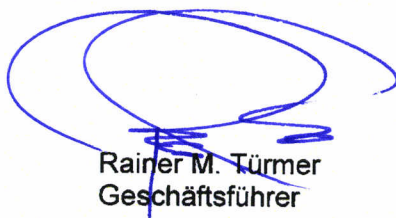
4. Ergebnisverwendungsvorschlag

Infolge des ausgeglichenen Jahresergebnisses erfolgt kein Ergebnisverwendungsvorschlag durch die Geschäftsführung für das Geschäftsjahr.

Chemnitz, den 24. Mai 2022



Dr. Michael Paul
Geschäftsführer



Rainer M. Türmer
Geschäftsführer

Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens

Bilanzposition	Anschaffungs/Herstellungskosten					Abschreibungen				Restbuchwerte	
	Stand am 01.01.2021	Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	Stand am 31.12.2021	Stand am 01.01.2021	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.2021	Stand am 31.12.2020	Stand am 31.12.2021
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
1. Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Software	6.410.753,53	321.281,33	42.258,90	124.149,90	6.650.143,86	6.008.812,64	342.053,56	124.149,90	6.226.716,30	401.940,89	423.427,56
2. Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	1.168,75	47.150,35	0,00	0,00	48.319,10	0,00	0,00	0,00	0,00	1.168,75	48.319,10
	6.411.922,28	368.431,68	42.258,90	124.149,90	6.698.462,96	6.008.812,64	342.053,56	124.149,90	6.226.716,30	403.109,64	471.746,66
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke, grundstücksgl. Rechte u. Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	112.615.032,36	1.611.310,81	7.490.602,26	621.168,87	121.095.776,56	88.161.903,40	2.246.999,21	621.168,87	89.787.733,74	24.453.128,96	31.308.042,82
2. Technische Anlagen und Maschinen	133.930.896,24	3.967.788,65	11.145.487,09	3.514.179,00	145.529.992,98	115.913.601,88	4.924.154,59	3.498.277,71	117.339.478,76	18.017.294,36	28.190.514,22
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	47.488.171,84	1.271.570,17	393.455,83	1.824.585,94	47.328.611,90	42.232.233,87	2.362.858,08	1.822.382,09	42.772.709,86	5.255.937,97	4.555.902,04
- davon geringwertige Wirtschaftsgüter	2.877.074,78	229.828,73	0,00	172.229,28	2.934.674,23	2.877.074,78	229.828,73	172.229,28	2.934.674,23	0,00	0,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	19.972.814,16	3.250.300,38	-19.071.804,08	0,00	4.151.310,46	0,00	0,00	0,00	0,00	19.972.814,16	4.151.310,46
	314.006.914,60	10.100.970,01	-42.258,90	5.959.933,81	318.105.691,90	246.307.739,15	9.534.011,88	5.941.828,67	249.899.922,36	67.699.175,45	68.205.769,54
III. Finanzanlagen											
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	25.000,00	0,00	0,00	25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00
	0,00	25.000,00	0,00	0,00	25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00
Anlagevermögen gesamt	320.418.836,88	10.494.401,69	0,00	6.084.083,71	324.829.154,86	252.316.551,79	9.876.065,44	6.065.978,57	256.126.638,66	68.102.285,09	68.702.516,20

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021

1 Grundlagen des Unternehmens

Aufgabe der Gesellschaft als 100 %iges Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland ist es, die Uranerzbergbau- und -aufbereitungsbetriebe der ehemaligen SDAG Wismut stillzulegen und so zu sanieren, dass Schadstoffe, Boden-, Gewässer- und Luftverunreinigungen im Betriebsgelände und in den zugeordneten Liegenschaften entweder beseitigt oder so verwahrt werden, dass von ihnen keine unzulässigen Umweltauswirkungen mehr ausgehen.

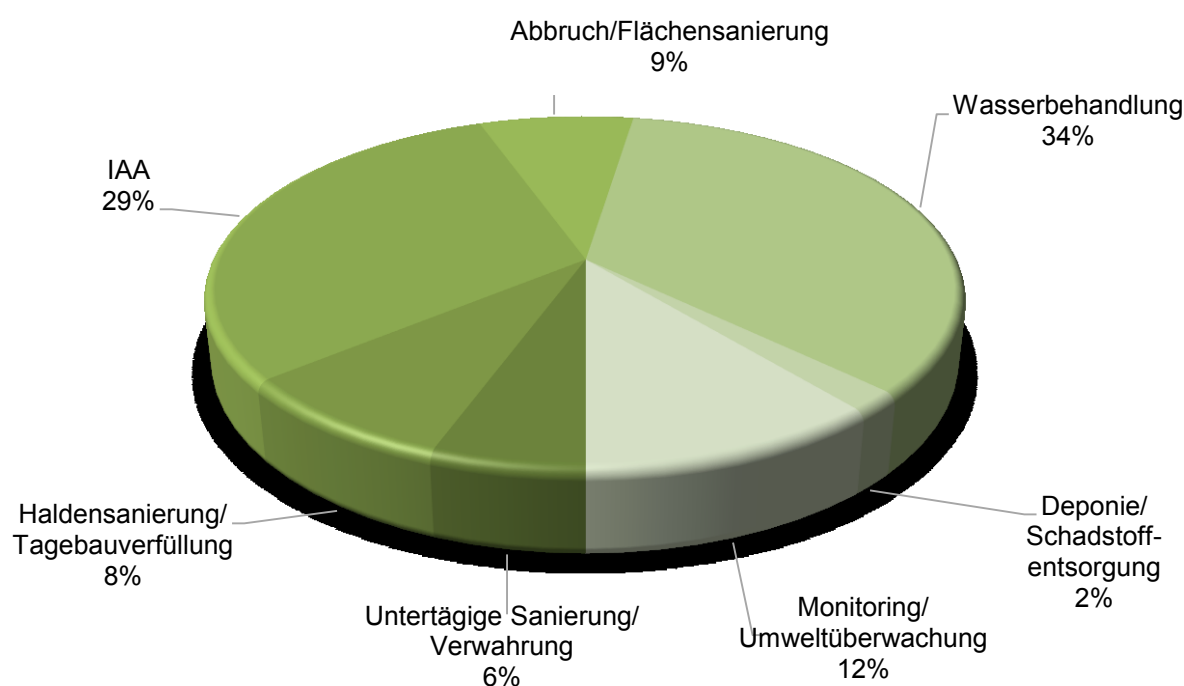
Aufgabe ist weiterhin die Verwertung der vorhandenen Liegenschaften. Ferner ist Gegenstand des Unternehmens, Umweltbeeinträchtigungen auf Grundstücken Dritter im Auftragsweg und gegen Entgelt zu beseitigen und entsprechende Ingenieurleistungen oder sonstige Beratungstätigkeiten auf diesem Gebiet zu erbringen sowie vorhandenes Fachwissen einschließlich der vorhandenen Patente und des sonstigen Know-hows zu verwerten.

Auf Grundlage des Verwaltungsabkommens vom 05.09.2003 und der Ergänzenden Verwaltungsabkommen vom 24.04.2013 sowie 05.07.2019 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Freistaat Sachsen sowie der Projektträgervereinbarung vom 05.09.2003 bzw. dem 1. Nachtrag vom 24.04.2013 und dem 2. Nachtrag vom 05.07.2019 zwischen dem Freistaat Sachsen und Wismut ist die Gesellschaft auch Projektträger für die Sanierung von sächsischen Wismut-Altstandorten. Sächsische Wismut-Altstandorte im Sinne des (Ergänzenden) Verwaltungsabkommens sind Objekte, welche durch die SAG/SDAG Wismut für die Uranerzgewinnung und -aufbereitung genutzt und im Wesentlichen vor dem 31.12.1962 stillgelegt bzw. vor dem 30. Juni 1990 an Gebietskörperschaften übergeben worden sind.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Wismut-Sanierung

Die Zuwendungen der institutionellen Förderungen des Gesellschafters für das in 2021 realisierte Arbeitsprogramm in Höhe von 125,2 Mio. € strukturieren sich nach Sanierungsschwerpunkten/-projekten wie folgt:



Sanierung unter Tage

Untertägige Sanierung/Verwahrung

Der im Vorjahr begonnene, hydrochemische Test im Flutungsraum des Grubengebäudes am Standort Königstein wurde im Berichtszeitraum fortgesetzt bzw. abgeschlossen. Die Durchführung erfolgte entsprechend dem zugelassenen Konzept in einem hydraulisch begrenzten Bereich durch Zugabe von Lauge und organischem Substrat über ein vorhandenes Bohrloch in den gefluteten Teil der Grube, um das saure Flutungswasser zu neutralisieren und Reduktionsprozesse zur Schadstofffixierung anzuregen. Die Behandlungszyklen, bestehend aus Injektions- und anschließender Ruhephase, wurden störungsfrei realisiert und durch ein nachgesetztes Monitoring ergänzt, um Wirkung und Nachhaltigkeit der Maßnahme zu bewerten.

Für die weitere Gewährleistung der Funktionsfähigkeit des Wasserlösestollens im Bereich der Grube Dresden-Gittersee wurden leistungsintensive Arbeiten zur Säuberung von Verbindungsbohrlöchern, zur Beräumung von Schlamm im Bereich der Wasserseige sowie Sicherungsarbeiten zur Erhaltung der Bergbausicherheit im Wismut-Stolln durchgeführt.

Um die Funktionsfähigkeit des langfristig offenzuhaltenden Teils des Grubengebäudes Schlema-Alberoda zu gewährleisten und diesbezügliche Versagensrisiken abzuwenden, konzentrierten sich die Leistungen auf leistungs- und arbeitsintensive bergmännische Aufwältigungs- und Rekonstruktionsarbeiten auf der Markus-Semmler-Sohle im Grubenfeld Schlema-Alberoda entsprechend der vorgefundenen Gebirgssituation. Fortgesetzt wurde die Verwahrung von Schacht 208. Dabei waren aufwandsintensive Sicherungs- und Demontgearbeiten in der Schachtröhre zu realisieren. Die Arbeiten zum Ausbruch des Widerlagers für den zu errichtenden Betonscherpfpfropfen wurden begonnen und werden im Folgejahr abgeschlossen. An bzw. in den Schächten 382 und 15 IIb sowie an den Huthäusern der Lichtlöcher 9, 12 und 14a wurden turnusmäßige Inspektions- und Instandhaltungsarbeiten realisiert.

Sanierung über Tage

Haldensanierung / Tagebauverfüllung

Am Standort Ronneburg wurden die Abtragsarbeiten auf der Lok- und Waldhalde fortgesetzt. Das gewonnene Material kam bei der Konturierung und teilweise Endabdeckung der IAA Culmitzsch zum Einsatz.

Mit der Fertigstellungsanzeige des Abschlussbetriebsplanes „Abtrag der Bergehalde Crossen einschließlich Sanierung der Aufstandsfläche“ wurde die Haldensanierung am Standort Crossen beendet.

Am Standort Königstein konzentrierten sich die Maßnahmen auf die Bewirtschaftung der AEE Halde Schlüsselgrund entsprechend den vorliegenden Genehmigungen bzw. Zulassungen. Arbeitsschwerpunkte waren das Mischen der Rückstände aus der Wasserbehandlung mit geeignetem Material und dessen Einbau sowie die Einlagerung von kontaminiertem Schrott als gefährlicher bergbaulicher Abfall im Bereich des Sondereinlagerungsbereichs.

Auf dem Haldenkomplex 371 am Standort Schlema-Alberoda erfolgte der Einbau von radioaktiv kontaminiertem Material aus eigenen und fremden Sanierungstätigkeiten sowie von Rückständen aus der Wasserbehandlung. Darüber hinaus wurden temporäre Wasserbauarbeiten auf dem Plateau des Einlagerungsbereiches zur Sicherstellung einer geordneten Ableitung von Oberflächenwasser durchgeführt.

Nachsorgemaßnahmen zur Erhaltung des Sanierungserfolges wurden auf insgesamt 14 Halden sowie im Bereich des sanierten Tagebaus Lichtenberg auf einer Gesamtfläche von 482 ha durchgeführt. Davon befinden sich zwei Halden am Standort Ronneburg, eine Halde am Standort Gittersee, zehn Halden am Standort Schlema-Alberoda und eine Halde am Standort Pöhla. Die Pflege- und Nachsorgearbeiten, wie Graben- und Wegeunterhaltung, Reinigung von Gerinnen und Einläufen, Mäharbeiten, Freischneiden von Messpunkten, Bepflanzungspflege, Beseitigung von Schneebruch sowie Reparatur von Wildschäden wurden witterungs- und vegetationsabhängig sowie unter Einhaltung der Brutschutzzeit realisiert.

Industrielle Absetzanlagen (IAA)

Auf der IAA Culmitzsch wurden die Konturierungs- und Endabdeckarbeiten auf Grundlage des Rahmenkonzeptes zur Endverwahrung in mehreren Baulosen fortgesetzt. Im Baulos IV wurden letzte Dränbohrungen durchgeführt, so dass das Einpressen von Dränstreifen planmäßig am 12.03.2021 beendet wurde. Ebenso wurden Wasser- und Wegebaumaßnahmen durchgeführt. Insgesamt konnten weitere 16,2 ha Endabdeckung fertiggestellt werden. Darüber hinaus wurde in 2021 mit dem Bau einer zusätzlichen Immobilisat-, Schrott- und Bauschutteinlagerungsfläche im Becken A begonnen.

Konturierung und Endabdeckung der IAA Helmsdorf/Dänkritz I wurden durch den Abtrag und Einbau von Rotliegendem vom Tagebau Ostfeld und von Material aus der Vorflutbindung fortgesetzt. In 2021 wurden weitere 2,5 ha Endabdeckung fertiggestellt.

Trotz verstärkter Anstrengungen konnten die vorgesehenen Sanierungsleistungen nicht vollumfänglich erbracht werden. Neben den Starkniederschlägen kam es zu Behinderungen durch die langanhaltende Feuchtigkeit im Berichtszeitraum. Davon betroffen waren die Einbaubereiche, das einzubauende Material selbst (insbesondere mit Blick auf dessen Verdichtbarkeit) sowie die Nutzung und Unterhaltung der Baustraßen, mit negativen Auswirkungen auf die Umlaufzeiten der Transportkapazitäten.

Im Bereich der IAA Trünzig stand die Pflege von sanierten Oberflächen zur Erhaltung des Sanierungserfolges im Mittelpunkt. Es wurden Wege unterhalten, Gräben und Durchlässe gesäubert sowie Mäharbeiten durchgeführt.

Abbruch/Flächensanierung

Am Standort Ronneburg wurden die Abbrucharbeiten im Bereich des ehemaligen Schachtkomplexes 375 einschließlich Wiedernutzbarmachung von Flächen fortgeführt.

In Seelingstädt wurden kleinere Rückbaumaßnahmen an Gebäuden der Brauchwasserversorgung sowie an Restflächen im Umfeld des ehemaligen Busplatzes abgeschlossen. Ebenso wurde die Sanierung der Baufelder 19/20 im Bereich der Betriebsfläche Crossen beendet.

Am Standort Königstein wurden in Zusammenhang mit dem Umbau der AAF nicht mehr benötigte Anlagenteile zurückgebaut. Die Verbringung der Materialien erfolgte auf Grund der Kontamination auf die AEE Halde Schlüsselgrund. Zur Erlangung der Genehmigungsfähigkeit für weitere Rückbaumaßnahmen im Bereich Verwaltungsgebäude und der ehemaligen AAF werden umfangreiche Natur- und Artenschutzmaßnahmen erforderlich, die erst in den Folgejahren umgesetzt werden können.

Die im Vorjahr begonnene Sanierung der Betriebsfläche 371/Nord am Standort Aue konnte genehmigungsbedingt nicht fortgesetzt werden.

Wasserbehandlung

Das Flutungsmanagement war an allen Standorten vom technologischen Halten der genehmigten Wasserspiegel in den gefluteten Grubengebäuden bestimmt. Darüber hinaus wurde durch die angepasste Fahrweise der Wasserbehandlungsanlagen zusätzliches Pufferspeichervolumen vorgehalten, um im Havariefall das Risiko umweltrelevanter Außenwirkungen weiter zu verringern.

Die Fassung und Behandlung kontaminierter Flutungs-, Poren-, Sicker- und Oberflächenwässer sowie das damit einhergehende Management anfallender bergbaulicher Abfälle (Rückstände der Wasserbehandlung) erfolgte an allen Standorten entsprechend Genehmigungslage, technischen Anforderungen sowie in Abhängigkeit von den Witterungsbedingungen.

Auch aufgrund von Starkniederschlagsereignissen im Juli 2021 lagen die Umfänge der Wasserbehandlung in den Anlagen Ronneburg und Seelingstädt über dem langjährigen Mittelwert.

Gemäß Flutungsstrategie wurden in der Wasserbehandlungsanlage Ronneburg hauptsächlich die im Fassungssystem Gessental anfallenden Grundwässer sowie kontaminierte Oberflächenwässer behandelt. Der Flutungswasserstand in den zum Gessental entwässernden Grubenfeldern wurde bei ca. 246 m NN gehalten. Die Fassungssysteme im Gessental (einschließlich Brunnen 6), im Bereich Stolln/Halde Beerwalde und im Bereich Tagebauverfüllkörper (einschließlich ehemaliger Haldenaufstandsflächen) wurden kontinuierlich weiter betrieben. Die im Jahr 2021 in der Wasserbehandlungsanlage Ronneburg behandelte Wassermenge betrug rd. 4,8 Mio. m³.

Die Wasserbehandlungsanlage Seelingstädt wurde ganzjährig betrieben. Das zu behandelnde Wasser aus den Bereichen IAA Culmitzsch A und B wurde mittels Porenwasserbrunnen, Grund- und Sickerwasserfassungsanlagen im Nordabstrom der IAA Culmitzsch sowie dem Fassungssystem Culmitzschaue gefasst und in einem Gesamtumfang von ca. 2,0 Mio. m³ behandelt.

In der Wasserbehandlungsanlage Helmsdorf (Altanlage) wurden rd. 0,2 Mio. m³ Wasser im Kampagnenbetrieb behandelt. Die Umfänge beinhalteten Oberflächenwasser von noch nicht sanierten Bereichen sowie Sicker- und Porenwässer. Im Bereich der Wasserhaltungsanlagen lagen die Schwerpunkte beim Betrieb der Sickerwasserfassungsanlagen im Bereich Haupt- und Westdamm Helmsdorf sowie bei den Abwehrbrunnen Dänkritz. Seit März 2021 befindet sich eine neu errichtete Wasserbehandlungsanlage in Helmsdorf im Probetrieb. Beginnend mit der Behandlung von Teilströmen wurden 2021 ca. 0,2 Mio. m³ Wasser behandelt.

Am Standort Königstein wurden in der umgebauten Wasserbehandlungsanlage (ehemals AAF) ca. 2,0 Mio. m³ Flutungs-, Sicker-, Prozess- und Oberflächenwässer behandelt. Davon wurden 1,9 Mio. m³ über die Klarwasserfilteranlage in den Vorfluter Elbe abgestoßen sowie 0,1 Mio. m³ in den Flutungsraum zurückgeführt. Die umgebauten Anlage läuft nach Abschluss des Probetriebs seit September 2021 im bestimmungsgemäßen Dauerbetrieb.

In der Wasserbehandlungsanlage Schlema-Alberoda wurden in 2021 insgesamt 6,1 Mio. m³ Flutungswasser behandelt und in den Vorfluter Zwickauer Mulde abgegeben. Die Wasserbehandlungsanlage wurde mit dem Ziel betrieben, das Flutungsniveau im ehemaligen Grubengebäude Schlema-Alberoda im Niveau des Arbeitsspeichers (300-306 m NN) zu halten. Zur Schaffung zusätzlichen Speichervolumens als Maßnahme der Risikovorsorge im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie wurde die Fahrweise der Anlage für den Havariefall entsprechend angepasst und das Flutungsniveau unterhalb von 296 m NN gehalten.

Die Wasserbehandlungsanlage Pöhla wird seit 2014 im berg- bzw. wasserrechtlichen Probetrieb gefahren. Im Jahr 2021 wurden 0,1 Mio. m³ behandeltes Wasser in den Vorfluter Luchsbach abgeschlagen. Die beantragte Zulassung zum Dauerbetrieb wird für 2022 erwartet.

Monitoring/Umweltüberwachung

Das Leistungsspektrum umfasste im Berichtszeitraum die Erbringung von Ingenieur-, Dienst- und gutachterlichen Leistungen für wesentliche Sanierungsprozesse, darunter die verantwortliche Wahrnehmung von Projektmanagementaufgaben, die Absicherung von Umweltüberwachung und arbeitshygienischen Messungen an allen Standorten sowie die Realisierung einer Vielzahl zentraler Unternehmensaufgaben.

Andere Maßnahmen

Im Weiteren wurden Ingenieur- bzw. Dienstleistungen für Projekte im Ergänzenden Verwaltungsabkommen zur Sanierung der sächsischen Wismut-Altstandorte sowie für externe Auftraggeber erbracht. Dazu gehören das Projekt zur Erarbeitung von Maßnahmen zur Unterbindung bzw. Minderung der Radonzutritte aus dem Grubengebäude Schneeberg in die Wohnbebauungen unter Berücksichtigung der Grundsätze des Strahlenschutzes sowie die Realisierung von geologischen Dienstleistungen für das Sächsische Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie.

Umsetzungskonzept Wismut-Erbe

Auf Grundlage der bereits in 2017 getroffenen Absichtserklärung zwischen dem Bund, den Freistaaten Sachsen und Thüringen sowie der Wismut GmbH über die Entwicklung und Umsetzung „eines der Geschichte und Bedeutung des Unternehmens Wismut angemessenen Erbe-Konzeptes zu entwickeln und umzusetzen“ legte das Bergbau-Museum Bochum in 2019 ein Umsetzungskonzept vor. Im Berichtszeitraum wurden die darin beschriebenen multidisziplinären Forschungen, der Aufbau einer visualisierten Zeitzeugenschaft bzw. eines multimedialen Gedächtnisses durch die Sächsische Akademie der Wissenschaften Leipzig in Kooperation mit der Humboldt-Universität zu Berlin fortgesetzt bzw. abgeschlossen. Am 03.09.2021 unterzeichneten der Bund, die Freistaaten Sachsen und Thüringen und die Wismut GmbH ein Verwaltungsabkommen zum Umgang mit dem Wismut-Erbe. Auf dieser Grundlage konnte Ende 2021 die 100%ige Tochtergesellschaft der Wismut GmbH, die Wismut Stiftung gGmbH, mit Sitz in Chemnitz gegründet werden.

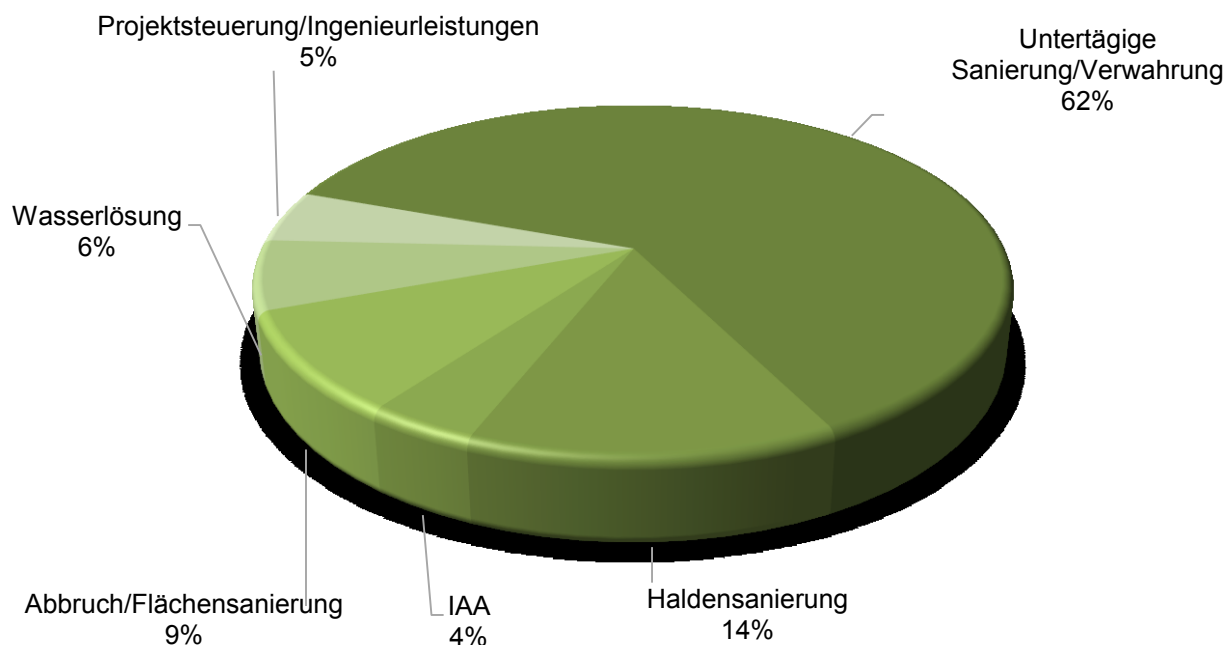
Öffentlichkeitsarbeit

Auch im Jahr 2021 konnten aufgrund der fortwährenden Corona-Pandemie nur wenige Aktivitäten durchgeführt werden, um die Wismut GmbH der Öffentlichkeit zu präsentieren.

- Am 01.06.2021 verließ der letzte Urantransport aus der Bundesrepublik Deutschland das Wismut-Betriebsgelände. Nach 75 Jahren endete damit ein wichtiger Teil deutscher Geschichte, der während des Kalten Krieges begann und bis heute fortwirkt. Mit dem Abtransport des letzten Urankonzentrats (40,5 t) schied die Bundesrepublik Deutschland aus der Liste der uraniumproduzierenden Staaten aus.
- Die anlässlich des 30jährigen Firmenjubiläums der Wismut GmbH konzipierte Ausstellung „Für die Menschen. Für die Umwelt“ wurde vom 10. bis 25.06.2021 im Deutschen Bundestag in Berlin, vom 02.09. bis 20.09.2021 im Kultur- und Kongress-Zentrum Gera sowie vom 22.10. bis 06.11.2021 im Carlowitz Congresscenter in Chemnitz gezeigt.
- Am 28.10.2021 folgten zahlreiche Vertreter aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft der Einladung der Geschäftsführung der Wismut GmbH zu einem Empfang im Carlowitz Congresscenter Chemnitz. Unter dem Thema „30 Jahre Wismut GmbH“ dankte der sächsische Wirtschaftsminister Martin Dulig in seinem Grußwort dem Unternehmen und allen Beteiligten, dass sie sich den Herausforderungen der Sanierung erfolgreich gestellt haben.

2.2 Sanierung von sächsischen Wismut-Altstandorten

Die Zuwendungen der institutionellen Förderung des Gesellschafters sowie die Zuwendungen der Projektförderung durch den Freistaat Sachsen für die Maßnahmen im Ergänzenden Verwaltungsabkommen in Höhe von 12,6 Mio. € strukturieren sich nach Sanierungsschwerpunkten wie folgt:



Sanierung unter Tage

Der aufwandsseitige Tätigkeitsschwerpunkt lag in 2021 erneut im Bereich der untertägigen Sanierung und der Wasserlösung.

Untertägige Sanierung/Verwahrung

In Annaberg-Buchholz konzentrierten sich die Arbeiten auf den Sanierungsbereich Süd im Grubenfeld Frohnau-Malwine. Hier wurde ein Großteil der zu verwahrenden Strecken und tagesnahen Abbaue gesichert und verwahrt.

Ebenso wurde die Sanierung in den Schadstellenbereichen der ehemaligen Reviere „Juni“ bzw. „Rabenberg“ sowie der Schächte 206 und 98 in Breitenbrunn weitergeführt bzw. neu begonnen. Die Leistungen waren bergschadenkundlich geprägt von tagesnahen Grubenbauen auf mehreren Gangstrukturen, ehemals durchgebauten Überhauen sowie mehreren unverwahrten Stolln und Schürfen.

Weitere Sanierungs- bzw. Verwahrungsarbeiten wurden u. a. in Auerbach/Vogtland (Grubenbauverwahrung Bad Reiboldsgrün), in Raschau-Markersbach (Grubenbauverwahrung Bereich Gang 58), in Marienberg (Grubenbauverwahrung Bereich Schürfe 71 bis 79) sowie in Schneeberg (Komplexes Sanierungsareal Kirchplatz) realisiert.

Wasserlösung

In 2021 wurden die Sanierungsarbeiten im Markus-Semmler-Stolln (Abschnitte B und C im SW-Teil) als Hauptentwässerungsstolln des Schneeberger Grubengebäudes fortgesetzt. Mit dem Abschluss einzelner Bearbeitungs- bzw. Entwässerungsabschnitte wurden damit die Voraussetzungen für eine dauerhafte Wasserlösung in diesem Bereich geschaffen. Zur Gewährleistung der langzeitsicheren

Befahrbarkeit und damit dauerhaften Wasserabtragsfähigkeit des Markus-Semmler-Stolln begannen die bergmännischen Arbeiten zur Erneuerung des gesamten Laufwerks.

Sanierung über Tage

Haldensanierung

Ein wertintensiver Schwerpunkt der übertägigen Arbeiten war die Fortführung der Sanierung der Halde 65 in Aue-Bad Schlema. Darüber hinaus wurde ein Kanal zur Oberflächenwasserableitung errichtet sowie mit weiteren Wasser- und Wegebaumaßnahmen begonnen.

In Johannegeorgenstadt wurden die Sanierungsarbeiten auf der Dammhalde Trockenbecken fortgeführt. Nach dem Abschluss der Massentransporte aus umliegenden Flächensanierungsvorhaben wurde mit dem letzten Teil des Wasser- und Wegebaus begonnen. Ebenso wurden die Wasser- und Wegebauarbeiten auf der Halde Schacht 42 zum Abschluss gebracht. Für die Folgejahre sind für diese Projekte noch Bepflanzungs- und Aufforstungsmaßnahmen vorgesehen.

Die Sanierung der Collmberghalde wurde als Gemeinschaftsprojekt mit der Landeshauptstadt Dresden fortgesetzt. Auf Grundlage der Erkenntnisse aus der Sanierung des Probefeldes und den Abstimmungen mit den Genehmigungsbehörden wurden Ingenieurleistungen bis zur Genehmigungsplanung weitergeführt.

Industrielle Absetzanlagen (IAA)

Die im Vorjahr begonnene Sanierung der IAA Hakenkrümme als Gemeinschaftsprojekt mit der Stadt Aue-Bad Schlema wurde mit Konturierungs- und Abdeckungsarbeiten fortgesetzt.

Die Sanierung der IAA Dänkritz II bei Zwickau stellt hinsichtlich ihrer Größe und auch aus Sicht der naturschutzfachlichen Belange ein bedeutendes Projekt dar. Im Berichtszeitraum wurden die Planungsleistungen weitergeführt. Mit einem Teil der Grundstückseigentümer wurde nunmehr eine Lösung erarbeitet, so dass erste bauvorbereitende Arbeiten (Ersatzhabitat, Baustellenzufahrt) in 2021 realisiert werden konnten.

Abbruch/Flächensanierung

In Johannegeorgenstadt wurde die Sanierung der ehemaligen Betriebsfläche Objekt 98 fortgesetzt. Die radioaktiv und teilweise mehrfach belasteten Flächen wurden durch Abtrag und Umlagerung oder Abdeckung saniert und rekultiviert. Darüber hinaus wurden Reste alter baulicher Anlagen beseitigt und ein Grabensystem zur Oberflächenwasserableitung errichtet. Nach Abschluss der Baumaßnahmen wurden Pflanz- bzw. Aufforstungsleistungen durchgeführt.

Andere Maßnahmen

Projektsteuerung/Ingenieurleistungen

Die Wismut GmbH nahm als Projektträger im Berichtszeitraum die Koordinierung und Organisation der Sanierungsvorbereitung und -ausführung einschließlich der fachtechnischen Begleitung wahr. Weitere Maßnahmen sind in der Vorbereitungs- bzw. Planungsphase.

2.3 Personal

Personalbestand

Der Personalbestand (ohne Beschäftigte in der Freistellungsphase zur Altersteilzeit; einschließlich 2 Geschäftsführer) verringerte sich von 898 am 31.12.2020 um 60 auf 838 zum 31.12.2021. Neben 93 überwiegend altersbedingten Abgängen erfolgten 33 befristete Neueinstellungen.

Der Personalbestand von Beschäftigten in der Freistellungphase zur Altersteilzeit ist von 4 am 01.01.2021 um 17 auf 21 zum 31.12.2021 angestiegen.

Die Beschäftigungsquote von Schwerbehinderten bzw. Gleichgestellten wurde mit durchschnittlich 6,0 % erfüllt.

Maßnahmen zur Förderung der Entgeltgleichheit

Der Anteil der tariflich Beschäftigten beträgt zum Ende des Berichtszeitraumes 95,9 %. Entgelt wird auf der Grundlage des Vergütungstarifvertrages zwischen dem Verband Bergbau, Geologie und Umwelt e. V. – Tarifbereich Erzbergbau – und der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, gültig ab 01.04.2012, gewährt. Die Eingruppierung aller Beschäftigten erfolgt geschlechtsneutral an Hand von Qualifikation, Berufs- und Tätigkeitserfahrung sowie Anforderungskriterien nach der in Anlage 2 zum Manteltarifvertrag gültigen Vergütungsordnung. Sonstige Vergütungen und Zulagen sind im Manteltarifvertrag vereinbart. Sie finden für Frauen und Männer gleichermaßen Anwendung.

Der Anteil der außertariflichen Angestellten beträgt 4,1 %. Ein festgelegter Vergütungsrahmen garantiert die Entgeltgleichheit von weiblichen und männlichen Beschäftigten.

Ausblick

Die Personalbedarfsplanung geht für 2022 von 797 Beschäftigten im Durchschnitt des Jahres aus.

Erklärung der Geschäftsführung

Zur Umsetzung des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst wurden in 2017 nachstehende Festlegungen getroffen:

Die Geschäftsführung hat den Beschluss gefasst, dass die Zielgröße für den Frauenanteil in der ersten Führungsebene (Bereichsleiter, Abteilungsleiter der Unternehmensleitung und Stabsabteilungsleiter) und in der zweiten Führungsebene (Abteilungs- und Projektleiter unterhalb der Bereichsleiter) auf 30 % mit Erreichung zum 30.06.2022 festgelegt wird.

Der Gesellschafter hat darüber hinaus die Zielgröße für den Frauenanteil im Aufsichtsrat auf 30 % und unter den Geschäftsführern auf 50 % mit Erreichung ebenfalls zum 30.06.2022 festgelegt.

2.4 Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

In der folgenden Darstellung wurden die Zahlen der Bilanz zum 31. Dezember 2021 nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliedert und den Vorjahreszahlen gegenübergestellt. Dabei wurden Vermögens- und Schuldposten mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr als langfristig eingestuft.

Aktiva	31.12.2021		31.12.2020		+ / -
	T€	%	T€	%	T€
Anlagevermögen	68.703	78,9	68.102	79,7	601
langfristige Forderungen gegen Gesellschafter	6.479	7,4	5.676	6,6	803
langfristige sonstige Vermögensgegenstände	594	0,7	618	0,7	-24
langfristig gebundenes Vermögen	75.776	87,0	74.396	87,0	1.380
Vorräte	4.784	5,5	5.074	5,9	-290
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	282	0,3	136	0,2	146
Forderungen gegen Gesellschafter	760	0,9	1.381	1,6	-620
Sonstige Vermögensgegenstände	4.922	5,7	3.747	4,4	1.175
liquide Mittel	232	0,3	546	0,6	-314
kurzfristig gebundenes Vermögen	10.980	12,7	10.884	12,7	96
Rechnungsabgrenzungsposten	267	0,3	233	0,3	34
Summe Aktiva	87.023	100,0	85.513	100,0	1.510

Das langfristig gebundene Vermögen setzt sich zum überwiegenden Teil aus den bisher getätigten Investitionen in das Anlagevermögen zusammen. Die Entwicklung resultiert aus im Geschäftsjahr 2021 getätigten Investitionen in Höhe von insgesamt 10.494 T€ (Vorjahr 16.192 T€) unter Berücksichtigung der Abschreibungen von 9.876 T€ (Vorjahr 9.552 T€) und andererseits aus den anteiligen Forderungen gegen den Gesellschafter (antizipativer Finanzierungsanspruch) im Zusammenhang mit der Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen 5.781 T€ (Vorjahr 4.929 T€), für Jubiläumsverpflichtungen 638 T€ (Vorjahr 687 T€) und für die Archivierung 60 T€ (Vorjahr 60 T€) zusammen.

Die Vorräte, welche vorwiegend aus Abdeck- und Drainagematerial bestehen, wurden vollständig dem kurzfristigen Vermögen zugerechnet. Je nach Bedarf dauert der Abbau auch länger als ein Jahr. Der aufwandswirksame Verbrauch entsprach etwa dem Zukauf im Jahr 2021. Daraus ergibt sich die relativ geringe Veränderung in Höhe von 290 T€ (Vorjahr 3.180 T€).

Die anteiligen Forderungen gegen den Gesellschafter, welche im kurzfristigen Vermögen ausgewiesen werden, haben sich weiter rückläufig entwickelt. Sie beinhalten die zum Bilanzstichtag noch nicht abgerufenen Mittel für das Förderprojekt »Umsetzungskonzept Wismut-Erbe« in Höhe von 151 T€ (Vorjahr 0 T€) bzw. für Projekte aus dem Ergänzenden Verwaltungsabkommen zur Sanierung der sächsischen Wismut-Altstandorte in Höhe von 17 T€ (Vorjahr 204 T€) sowie die Veränderung der Sammelpositionen für noch nicht abgerufene/benötigte Mittel (antizipativer Finanzierungsanspruch) in Höhe von 593 T€ (Vorjahr 1.177 T€).

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten zum überwiegenden Anteil angestiegene Umsatzsteuerforderungen in Höhe von 4.648 T€ (Vorjahr 3.258 T€).

Passiva	31.12.2021		31.12.2020		+ / -
	T€	%	T€	%	T€
Stammkapital	51	0,1	51	<0,1	+/-0
Eigenkapital	51	0,1	51	<0,1	+/-0
Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	68.703	78,9	68.102	79,6	601
Sanierungsrückstellung	2.073.989	>100,0	2.123.555	>100,0	-49.566
Deckungszusage Bund	-2.073.989	>100,0	-2.123.555	>100,0	49.566
Übrige sonstige Rückstellungen	6.479	7,4	5.676	6,6	803
Langfristiges Fremdkapital	75.182	86,3	73.778	86,3	1.404
Sonderposten für Zuschüsse zum Umlaufvermögen	5.051	5,8	5.307	6,2	-256
Sanierungsrückstellung	167.639	192,6	147.857	172,9	19.782
Deckungszusage Bund	-167.639	-192,6	-147.857	-172,9	-19.782
Übrige sonstige Rückstellungen	1.437	1,7	1.179	1,4	258
erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.323	5,0	4.136	4,8	187
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	25	<0,1	0	0,0	25
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	47	0,1	145	0,2	-98
übrige Verbindlichkeiten	906	1,0	916	1,1	-10
Kurzfristiges Fremdkapital	11.789	13,6	11.683	13,7	106
Rechnungsabgrenzungsposten	1	<0,1	1	<0,1	0
Summe Passiva	87.023	100,0	85.513	100,0	1.510

Der Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen korrespondiert mit dem Anlagevermögen.

Die zeitliche Aufteilung der Sanierungsrückstellung in lang- und kurzfristiges Fremdkapital beruht auf der Planung nach Jahresscheiben im Sanierungsprogramm 2020 in Verbindung mit der aktuellen Wirtschafts- und Finanzplanung 2022 ff. Die Entwicklung der gesamten Sanierungsrückstellung in Höhe von -29.784 T€ (Vorjahr +38.945 T€) steht im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme im Geschäftsjahr 2021 in Höhe von -125.183 T€, die Zinsänderungen zum Bilanzstichtag in Höhe von 95.945 T€ sowie die Zuführung von 453 T€. Entsprechend entwickelten sich die Ansprüche aus der Deckungszusage des Bundes.

Die Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen 5.781 T€ (Vorjahr 4.929 T€), für Jubiläumsverpflichtungen 638 T€ (Vorjahr 687 T€) und für die Archivierung 60 T€ (Vorjahr 60 T€) werden unter den übrigen sonstigen Rückstellungen geführt und aus Vereinfachungsgründen vollständig den langfristigen Schuldposten zugerechnet. In selbiger Höhe werden langfristige Forderungen gegen den Gesellschafter ausgewiesen (antizipative Finanzierungsansprüche). Der weitere Anstieg im Vergleich zum Vorjahr resultiert aus der Bildung neuer Altersteilzeitrückstellungen für alle bis zum

31.12.2021 abgeschlossenen Altersteilzeitverträge auf Grundlage des Tarifvertrages über Altersteilzeit vom 23.04.2019.

Die Veränderung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Umlaufvermögen (-256 T€) ist stichtagsbedingt und korrespondiert im Wesentlichen mit der Entwicklung der Vorräte.

Die ausgewiesenen sonstigen Rückstellungen beinhalten vorwiegend Personalrückstellungen und Rückstellungen für die Wasserentnahme- und Einleitgebühren und bezogene fremde Bau- und Dienstleistungen ohne Rechnungslegung im Rahmen der Sanierung. Die Veränderung (258 T€) resultiert aus der periodengerechteren Aufwandszuordnung.

Die Erhöhung der erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 187 T€ ist stichtagsbedingt.

Die nachfolgende Kapitalflussrechnung haben wir verkürzt nach dem Deutschen Rechnungslegungs-Standard Nr. 21 erstellt:

	(T€)	
	2021	2020
= Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-121.797	-116.307
= Cashflow aus der Investitionsstätigkeit*	-10.138	-15.894
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	+ 131.621	+ 132.509
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-314	+ 308
Finanzmittelfonds (+) am Anfang der Periode	+ 546	+ 238
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	+ 232	+ 546

*) abzüglich noch nicht bezahlter Investitionsrechnungen (netto)

Der Finanzmittelfonds besteht ausschließlich aus liquiden Mitteln.

Im Folgenden werden ausgewählte Kennzahlen der Ertragslage kommentiert:

	(T€)	
	2021	2020
Für die Aufwandsdeckung zur Verfügung stehende Zuschusserträge, Erlöse und andere Erträge	+ 131.488	+ 133.258
Materialaufwand	-44.694	-45.095
Personalaufwand	-75.983	-78.516
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-10.657	-9.492
Saldo aus Zinserträgen / Zinsaufwendungen / Steuern	-95.100	-85.118
Aufwand aus der Zuführung der Rückstellung für Bergbau-Altlasten (Preissteigerungszuführung für nicht verbrauchte Mittel)	-453	0
Saldo aus dem Aufwand aus der Zuführung und der Auflösung im Rahmen der Neubewertung der Rückstellung Bergbau-Altlasten	0	-78.524
Inanspruchnahme des Freistellungsanspruches an den Gesellschafter	+95.399	+163.487

Im Berichtszeitraum sind die für die Aufwandsdeckung zur Verfügung stehende Zuschusserträge, Erlöse und andere Erträge um 1.770 T€ gesunken.

Der Materialaufwand hat sich im Jahresvergleich um 401 T€ auf Grund des gesunkenen Bezugs an bezogenen Fremdleistungen verringert.

Der Rückgang des Personalaufwandes um 2.533 T€ ist vorrangig auf die Verminderung des durchschnittlichen Personalbestandes zurückzuführen.

Der Anstieg für sonstige betriebliche Aufwendungen um 1.165 T€ resultiert aus dem zusätzlichen Anmietungsbedarf bei Baumaschinen, gestiegenen Instandhaltungsleistungen von technischen Maschinen und Anlagen und aperiodischen Sonderaufwendungen im Zusammenhang mit dem 30jährigen Firmenjubiläum.

Die Reduzierung der Inanspruchnahme des Freistellungsanspruches an den Gesellschafter um 68.088 T€ resultiert aus der in 2020 erfolgten Neubewertung der Rückstellung für Bergbaualllasten und dem Entfall der hieraus entstandenen Sondereffekte in 2020

3 Chancen- und Risikoberichterstattung

Wismut als Zuwendungsempfänger des Bundes ist nicht direkt am Markt tätig und erhält zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht rückzahlbare Zuwendungen. Die Grundlage für die Bereitstellung von liquiden Mitteln bildet die Freistellungserklärung der Bundesrepublik Deutschland mit dem Datum vom 30. Dezember 2010 zugunsten der Wismut GmbH. Sie galt unverändert bis zum 31. Dezember 2011 und verlängert sich automatisch um ein Jahr, sofern die institutionelle Förderung durch den Gesellschafter fortgesetzt wird. Für eine Beendigung der institutionellen Förderung gibt es aus unserer Sicht aktuell keine Anzeichen.

Ausgehend vom bestätigten Sanierungsprogramm 2020 und dem Arbeitsprogramm des Wirtschaftsplanes 2022 wird Wismut in 2022 die dort festgelegten Schwerpunktaufgaben durchführen.

Durch die kontinuierliche Überprüfung, Weiterentwicklung und Verbesserung der Sanierungsstandards sollen weitere Kostensenkungspotentiale, beispielsweise durch energetische Optimierung im Bereich Flutungssteuerung und Wasserbehandlung sowie der betrieblichen Infrastruktur an allen Standorten, erschlossen werden.

Die Aufgaben von Wismut als Projektträger für die Sanierung der sächsischen Wismut-Altstandorte werden in 2022 fortgesetzt. Insgesamt steht für die Sanierungsleistungen auf Grundlage des Ergänzenden Verwaltungsabkommens ein Finanzrahmen in Höhe von 16 Mio. € zur Verfügung, die jeweils zur Hälfte von Bund und Freistaat finanziert werden. Mit Bescheid vom 10.12.2021 wurde der anteilige Zuwendungsbedarf des Freistaates Sachsen im Rahmen der Projektförderung in Höhe von 8 Mio. € bewilligt. Damit ist die Umsetzung der Projektplanung finanziell abgesichert.

Wismut hat zur Beherrschung ihrer vor allem in umweltrechtlichen Aspekten bestehenden Risiken ein Risikomanagementsystem eingerichtet. Es wurden im Rahmen der Beurteilung Risikopotenziale finanzieller, technischer und genehmigungsrechtlicher Art ermittelt, welche die Sanierungstätigkeit in zeitlicher und wertmäßiger Hinsicht beeinflussen können. Zur Überwachung, Steuerung und Dokumentation dieser genannten Risikopotenziale ist das Risikomanagementsystem so eingerichtet, dass es fortlaufend an die aktuellen Bedürfnisse der Gesellschaft angepasst werden kann. In diesem Zusammenhang wird die Risikosituation der Gesellschaft im monatlichen Turnus erfasst, analysiert und möglicher Handlungsbedarf unter regelmäßiger Einbeziehung des Aufsichtsrates und gegebenenfalls des Gesellschafters abgeleitet.

Die Wismut GmbH ist in der BG RCI gesetzlich unfallversichert. Im Zeitraum von 2016 bis 2018 waren sowohl die monatlich zu entrichtenden Beitragsvorschüsse als auch die effektiven Jahres-

beiträge stark angestiegen. Gegen die im Verhältnis zum Entgelt und mit Blick auf das Unfallgeschehen nicht plausiblen Beitragsentwicklungen wurde Klage beim Sozialgericht Chemnitz eingereicht. Die Klage wurde in der I. Instanz vom Sozialgericht Chemnitz abgewiesen. Gegen das Urteil hat die Wismut GmbH Berufung beim Landessozialgericht Chemnitz eingelegt. Bis zum Vorliegen einer rechtskräftigen Entscheidung wird gegen sämtliche neu eingehenden Bescheide fristwährend Widerspruch eingelegt.

Im Rahmen der Neubewertung der Rückstellung für Bergbau-Altlasten erfolgte auf Veranlassung des BMWK eine Beurteilung des Sanierungsprogrammes 2020 durch die BGR Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Hannover. Die darin aufgezeigten Risiken, aber auch bestehende Chancen bei den einzelnen Objekten / Objektklassen wurden bei der Neubewertung der Rückstellung gewürdigt. Aufgrund von Unsicherheiten im derzeitigen Planungsstand ab 2025 werden ab 2020 nicht in den einzelnen Jahresscheiben in Anspruch genommene Rückstellungsbeträge einer Risikoposition zugeführt. Sollte diese Risikoposition einen Betrag von 50 Mio. € übersteigen, wird entschieden, inwieweit die Rückstellung Bergbau-Altlasten insgesamt neu beurteilt oder ein nicht mehr benötigter Teilbetrag aufgelöst wird.

In Verbindung mit der aktuellen Strahlenschutzgesetzgebung hat das Thüringer Landesamt für Umwelt, Bergbau und Naturschutz (TLUBN) am 03.08.2021 eine Anordnung zur Untersuchung der Gauerhalde als potentielle radioaktive Altlast und Erstellung einer Sanierungsplanung an die Wismut GmbH erlassen. Gegen diese Anordnung wurde form- und fristwährend am 06.09.2021 Widerspruch eingelegt und mit Schriftsatz vom 10.01.2022 begründet. Dem Widerspruchsbescheid wurde mit Schreiben des TLUBN vom 06.04.2022 nicht abgeholfen. Wismut wird die Möglichkeit prüfen und in Erwägung ziehen, innerhalb eines Monats ab Zustellung den weiteren Rechtsweg zu beschreiten, das heißt Einreichung einer Klage vor dem Verwaltungsgericht. Vorsorglich wurde mit dem Wirtschaftsplan 2022 ein Leertitel aufgenommen.

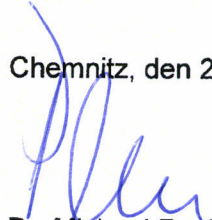
Seit Anfang des Jahres 2022 sind zum Teil erhebliche Preiserhöhungen bzw. kurzfristige Liefer-schwierigkeiten für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für Brenn- und Kraftstoffe feststellbar. Für preisindizierte Rahmenverträge wirken die Preisveränderungen sofort ausgabewirksam (Heizöl, Diesel). Bei anderen ist es zu ersten Kündigungen (u. a. für fremde Transportleistungen), temporären Lieferunterbrechungen und Nachträgen mit Preiserhöhungen (zum Beispiel Chemikalien und Baustoffe) gekommen. Darüber hinaus liegen von verschiedenen Baufirmen Anzeigen über Mehrkosten auf Grund der o. g. Preisentwicklungen und Lieferkettenproblemen vor, um eine Vergütungsanpassung für bestehende Liefer- und Bauverträge wegen Störung der Geschäftsgrundlage nach § 313 BGB zu erwirken. Diese Tendenz hat sich seit Beginn des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine am 24.02.2022 weiter verstärkt, insbesondere in Form von zusätzlichen Nachtragsbegehren für Preiserhöhungen einschließlich Logistikkosten. Die Geschäftsführung hat daher eine Task-Force implementiert, um nachhaltige und wirtschaftlich vertretbare Lösungen zu finden und um sicherzustellen, dass im laufenden Geschäftsjahr 2022 keine wesentlichen Beeinträchtigungen bei der Realisierung der Sanierungsmaßnahmen eintreten werden. Die finanziellen Auswirkungen werden über ein betriebswirtschaftliches Frühwarnsystem unter Beachtung der vorläufigen Haushaltsführung tagesak-tuell verfolgt und kontrolliert, um potentielle bestandsgefährdende Risiken bzw. entwicklungsbeeinträchtigende Tatsachen rechtzeitig zu erkennen.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben sich im Verlauf der vergangenen zwei Jahre mehrfach verändert. Das Infektionsgeschehen verändert sich weiterhin sehr dynamisch. Verdachts- und Infektionsfälle folgen im Wesentlichen den Infektionswellen, temporäre Arbeitsausfälle entstanden durch Krankschreibungen bzw. die Anordnung von Quarantänemaßnahmen.

Die Geschäftsführung hat von Beginn der Corona-Pandemie an umfassende Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten und zur Erfüllung des Gesellschaftszweckes ergriffen. Dies war auch erforderlich, weil ein Teil der betrieblichen Anlagen als kritische Infrastruktur einzustufen sind. Die unternehmensinterne Bewertung der Lage bzw. die bedarfsgerechte Fortschreibung des betrieblichen Maßnahmenkonzeptes zum Infektionsschutz sowie weiterer Einzelmaßnahmen obliegt dem eingerichteten Pandemiestab. Die zeitnahe Information der Mitarbeiter erfolgt mittels Unterweisungen, Aushängen, Intranet sowie über die Mitarbeiter-App wi2go.

Mit dem Zuwendungsbescheid vom 16.12.2021 wurde der Wirtschaftsplan 2022 unter Beachtung der vorläufigen Haushaltsführung im Bund als verbindlich erklärt. Insofern wird eingeschätzt, dass die zur Erfüllung des Gesellschaftszwecks notwendigen Ausgaben durch Einnahmen, Zuwendungen bzw. vorhandene Liquidität aus gegenwärtiger Sicht im weiteren Jahresverlauf vollständig gedeckt werden. Darüber hinaus bestehende Risiken sind für die Gesellschaft insgesamt sowie aufgrund der gegebenen Rahmenbedingungen nicht erkennbar.

Chemnitz, den 24. Mai 2022



Dr. Michael Paul
Geschäftsführer



Rainer M. Türmer
Geschäftsführer